

Stand der Dinge

Die Landesregierung will der Universität und somit dem gesamten Hochschulstandort Flensburg an den Kragen. Keiner weiß genau, wann und was für eine Entscheidung die Regierung um Wissenschaftsminister de Jager fällen wird.

Anfang des Jahres hat das Ministerium eine Kommission zur Begutachtung der Universität eingesetzt. Sie prüft, wie es mit der Universität weitergehen soll.

Keins der zu prüfenden Modelle darf mehr Geld kosten, was angesichts der schlechten finanziellen Lage der Universität ein Hohn ist.

Untersucht werden soll unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit mit der FH, eine Zusammenlegung mit der Kieler Christian Albrechts Universität, der Ausbau der Universität Flensburg und die Streichung der Wirtschaftswissenschaften.

Doch nun kündigt das Ministerium den Fahrplan auf! Die Entscheidungen sollen nun am 25. und 26. Mai fallen, sowie in den kommenden Monaten in den Haushaltsberatungen.



„Die Zerschlagung der Hochschullandschaft hat bildungspolitisch und ökonomisch fatale Folgen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die Hochschulpolitik in Schleswig-Holstein. Wir Grüne engagieren uns für die Universität Flensburg und für eine ganz andere Hochschulpolitik als die von Schwarz-Gelb.“

Rasmus Andresen

Hochschulpolitischer Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
rasmus.andresen@gruene.ltsh.de

Landtagsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: 0431 / 988 - 1500
www.sh.gruene-fraktion.de

Für den Erhalt der Uni Flensburg

—

für eine andere Hochschulpolitik!

Unsere Kritik

Bildungspolitik darf nicht Sparpolitik sein! Wer jetzt bei Bildung spart, handelt kurzfristig. Selbst die schwarz-gelbe Landesregierung sagt, dass wir in Schleswig-Holstein mehr als 10.000 zusätzliche Studierende brauchen. Nur so kann das Land überleben, können Arbeitsplätze entstehen und kann eine kulturelle Infrastruktur ausgebaut werden.

Es gibt kein Gesamtkonzept für den Hochschulbereich! Hochschulpolitik ist in Schleswig-Holstein bis jetzt nicht mehr als Flickenschusterei. Statt sich Konzepte zu überlegen, welche Hochschulen in Schleswig-Holstein durch unterschiedliche Profile gestärkt werden können, basieren die Entscheidungen des Ministeriums auf kurzfristigem Denken.

Die Landesregierung entscheidet sehr oft gegen Flensburg! Nicht nur in der Hochschulpolitik, sondern beispielsweise auch beim Landestheater und dem Landesentwicklungsplan, der ganz klar zu Lasten von kreisfreien Städten wie Flensburg geht, hat die Landesregierung Entscheidungen gegen den nördlichen Landesteil getroffen.

Unsere Forderungen

- **Den Erhalt der Universität Flensburg inklusive Wirtschaftswissenschaften!**

Die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge der Universität Flensburg müssen erhalten bleiben. Das grenzüberschreitende Profil mit der SDU ist einzigartig und für Studierende wie Forschung erfolgreich. Die Wirtschaftswissenschaften könnten zu einem Leuchtturmprojekt für Schleswig-Holstein ausgebaut werden.

- **Die Arbeit der Niedersächsischen Gutachterkommission muss abgewartet werden!**

Es ist paradox, eine Kommission einzuberufen, die wissenschaftlich anerkannt ist, und sie dann nicht zu Ende arbeiten zu lassen. Wir fordern, in Übereinstimmung mit vielen zentralen hochschulpolitischen ExpertInnen, dass die Kommission ihre Arbeit abschließen und erst dann eine Entscheidung unter regional- und bildungspolitischen Kriterien getroffen werden darf.

- **Mehr Mitbestimmung für Studierende und HochschulvertreterInnen!**

Ein Grund für die schlechte Hochschulpolitik ist, dass vielfach nicht auf die Betroffenen an den Hochschulen gehört wird. Diejenigen, die sich am Besten auskennen, werden außen vor gelassen. Dies muss sich ändern. Wir fordern deswegen unter anderem mehr studentische VertreterInnen in den Hochschulgremien.

- **Mehrausgaben von über 60 Millionen für die Hochschulen in Schleswig-Holstein!**

Die Hochschulen in Schleswig-Holstein sind unterfinanziert. Volle Hörsäle, überlastete ProfessorInnen und schlechte Sachausstattung sind deswegen traurige Realität an den Hochschulen des Landes. Durch ein radikales Umverteilungsprogramm wollen wir massiv in die Hochschulen investieren.

- **Ein zusammenhängendes hochschulpolitisches Konzept!**

Unter Einbeziehung der Hochschulen muss innerhalb des nächsten halben Jahres ein zusammenhängendes Konzept für die Hochschulpolitik entwickelt werden.